

F Lüdenscheid **E** Friedensgruppe



**Völkerrecht
statt
Bomben !**

**Was jeder über den geplanten
Irak-Krieg wissen muss !**

Kein Krieg für Öl !

**Völkerrecht
statt
Bomben !**



Impressum

Herausgeber : Friedensgruppe Lüdenscheid

1. Auflage: November 2002

Autoren: Bernd Benscheidt
Thomas Mehner
Dieter Saal
Mathias Wagner

Layout: Janis Benscheidt

Internet : www.friedensgruppe-luedenscheid.de

Schutzgebühr: 0.50 Euro





Inhalt

Einleitung - Kein Blut für Öl !	5
Die Bedrohungslüge - Propaganda und Wirklichkeit	6
Die neuere Geschichte des Irak - Kriege, Putsch, Präsidenten	12
Die Beute - Was es im Irak zu holen gibt	15
Die Rüstung der USA - Plan oder Wahnsinn ?	17
Ein historischer Vergleich - Woran dachte Däubler-Gmelin ?	18
Pleite oder Krieg - Der ökonomische Zwang zum Krieg	19
Die UN-Charta - Und die "Schurkenstaaten"	21
Ein wenig Geopolitik - Der Sperrriegel	23
Die Stellung der Europäer - Kuschen oder Widerstand ?	24
Unser Ziel: Stoppt den Krieg, bevor er beginnt	25
Quellennachweis	28



Einleitung -

Kein Blut für Öl !

Die USA und Großbritannien wollen den geplanten Krieg gegen den Irak mit aller Macht durchsetzen. Wir sagen: Kein Blut für Öl. Dieser Krieg ist ungerecht, völkerrechtswidrig und verbrecherisch, und dabei geht es nicht um Abrüstung, Waffenkontrollen oder Demokratie, sondern um Macht und Öl. Wie immer versuchen die Kriegstreiber, mit Lügen und Halbwahrheiten die Köpfe der Menschen zu verdrehen und für sich zu gewinnen. Diese Broschüre zeigt, wie dieser Krieg gegenüber der eigenen Bevölkerung und der Weltöffentlichkeit legitimiert werden soll. Die

Hintergründe, die Interessen und die aktuellen politischen Positionen der Beteiligten werden dargestellt, um zu einer objektiven Betrachtungsweise beizutragen, die die wirklichen, nämlich die ökonomischen, Beweggründe der Kriegsparteien offenlegt. Diese Broschüre stellt die Wirtschaftlichkeitsrechnung des Krieges dar. Sie stellt die Politik der Beteiligten dem Völkerrecht und der UN-Charta gegenüber, wird die Aussichten für den Fall eines erfolgreichen Angriffs vermitteln und die Handlungsmöglichkeiten von Friedensbewegten darstellen.



Unsere wöchentlich Mahnwache am 2.11.02 vor dem Lüdenscheider Rathaus

Die Bedrohungslüge -

Propaganda und Wirklichkeit

Der Irak unterstütze al-Qaida, sagt man uns. Wirklich? William Rivers Pitt schreibt in seinem Buch "Krieg gegen den Irak - Was die Bush-Regierung verschweigt": "Dieser Verdacht ist wirklich lächerlich. Saddam Hussein ist ein säkularer (weltlicher,d.Verf.) Diktator. Er hat in den vergangenen 30 Jahren den islamischen Fundamentalismus bekämpft und ihn zerschlagen (...) Osama Bin Laden seinerseits hasst Saddam Hussein schon lange. Er bezeichnet ihn als einen Abtrünnigen, der getötet werden müsse (...) Und zu den Terroristen, die Amerika am 11. September heimgesucht haben, hat er (Saddam Hussein, d.Verf.) keine wie auch immer gearteten Beziehungen." (1) In dem Zusammenhang ist es wichtig zu wissen, dass die derzeitige machthabende Gruppe im Irak zu den sunnitischen Stämmen zählt, aus denen auch Saddam Hussein stammt. Die Sunniten stehen im Gegensatz zu den schiitischen oder wahabbitischen Fundamentalisten und folgen einer wesentlich toleranteren Form des Islam als diese, was auch an der ungehinderten Religionsausübung von Minderheiten wie zum Beispiel der chaldäischen Christen erkennbar ist. Tatsächlich bilden die Schiiten eine Mehrheit von ca. 60% der Iraker, aber bei ihnen konnte bis jetzt - dank der irakischen Politik - der fundamentalistischer Extremismus keinen Boden ge-

winnen. Das Wort Dihad (Heiliger Krieg) ist aus dem Irak nicht zu hören. Und dieser Irak soll islamistische Terroristen unterstützen und dadurch ohne Notwendigkeit seine eigene innere Stabilität gefährden? Welch ein Unsinn!

Der Irak ist ein weltlicher Staat, in dem nicht Mullahs herrschen, nicht die Scharia (islamisches Recht) angewandt wird und auch keine anderen Religionen unterdrückt werden. Im Gegenteil, es wird ein weitgehend bürgerliches Recht angewandt, der Außenminister bekennt sich öffentlich zum Christentum und islamischer Fundamentalismus übt keinerlei Einfluss aus. Ein solcher Staat wäre als Bollwerk gegen den terroristischen Islamismus gut geeignet, wenn das Interesse daran bestehen würde, diese Seiten zu fördern und seine bürgerliche Entwicklung voranzutreiben. Aber die egoistischen Interessen der USA am Erdöl der Region hindern sie daran, dieses positive Potential zu erkennen und zu nutzen.

Der Irak sei undemokratisch, sagt man uns. Das trifft zu, aber es ist Sache der Iraker, ihre innenpolitischen Angelegenheiten selbst zu regeln, nicht die Präsidenten der USA, die ansonsten jede Diktatur unterstützten, wenn sie sich ihr unterordnet. Und zum Fortschritt im Irak tragen Bombardements der US-Staatsterroristen ebenfalls nicht

bei, sondern sie verschärfen die Probleme und töten unschuldige Menschen.

William Rivers Pitt schreibt in seinem Buch dazu: "Eine Demokratie nach westlichem Vorbild, also eine Herrschaft der Mehrheit, steht im Widerspruch zu unseren (der USA) nationalen Interessen. Die Mehrheit im Irak, die Schiiten, fühlt sich in ideologischer und religiöser Hinsicht mit dem Iran eng verbunden. Käme diese Bevölkerungsgruppe im Irak an die Macht, würde sie eine von fundamentalistischer Ideologie geprägte Allianz mit dem Iran schmieden (...)" (1) Die Entwicklung von Demokratie und Freiheit wird von den imperialistischen Staaten aus wirtschaftlichen Gründen seit langem konsequent verhindert. Außerdem blockieren die Sanktionen gegen den Irak nicht nur dessen Rüstungsindustrie sondern vor allem die zivile und industrielle Entwicklung und die Wirtschafts- und Kulturkontakte. Auch die USA müssen endlich begreifen: Armut und Demokratie sind unvereinbar, eine Tatsache, die sie allerdings auch im Blick auf ihr eigenes Land ignorieren.

Ähnliche Strategien wären auch gegenüber dem Iran sinnvoll. Hier kann man die Auseinandersetzungen zwischen der industriellen bürgerlichen Fraktion und der rückwärtsgewandten fundamentalistischen Religionsfraktion deutlich beobachten. Eine Förderung der eigenständigen nationalen industriellen Entwicklung, eine Einbindung des Iran in die Weltwirtschaft statt Isolierung und Verteufelung als "Schurkenstaat" wäre wesentlich hilfreicher, um den Einfluss

des Religionswahns zurückzudrängen.

Saddam Hussein sei ein blutrünstiger Diktator, dessen Eroberungs- und Herrschsucht eine Bedrohung darstellen, sagt man uns. Ja, das stimmt, aber wir müssen feststellen, dass ebenso wie z.B. Osama Bin Laden auch Saddam Hussein ein politisches Ziehkind der USA ist. Diverse Putsch im Irak, die zur Machtergreifung der Baath-Partei und zu seiner Diktatur führten, wurden von der CIA organisiert. Hussein wurde von den USA gegen den Iran bewaffnet und in jeder Hinsicht unterstützt, selbst der den USA bekannte Einsatz von Giftgaswaffen gegen den Iran konnte sie nicht davon abhalten. Erst als er sich gegen amerikanische Interessen wandte, wurde er zum Feind erklärt, den es zu beseitigen gilt.



*Saddam
Hussein*

Man sollte nicht vergessen, dass sich auf Grund der objektiven Bedingungen ein Nachfolger kaum von Hussein unterscheiden würde. Hussein ist nicht bes-

ser und nicht schlechter als andere Staatschefs der Region, wie etwa Musharaf in Pakistan, Scharon in Israel oder Suharto in Indonesien. Deren Machtgier und deren menschenverachtende Methoden sind ähnlich, und sie sind nur deshalb keine "Schurken", weil sie die Interessen der USA fördern.

Der Irak bedrohe die Welt mit Massenvernichtungswaffen, sagt man uns. Unabhängige Quellen, die UNO und selbst westliche Regierungen sagen, dass das nicht stimmt. Ein weiteres Zitat aus Pitts Buch belegt das: "Die Inspektionsteams haben sämtliche Forschungs-, Herstellungs- und Lagerstätten für chemische, atomare und biologische Waffen ausfindig gemacht und zerstört, und zwar bis 1998, als in Folge einer vorsätzlich herbeigeführten Krise der Leiter der UNSCOM (UN-Waffeninspektion, d.Verf.), Richard Butler, die Inspektionsteams abzog." (1)

Es stimmt aber etwas anderes: Die USA, Großbritannien, Israel, Frankreich, Pakistan und weitere Länder verfügen über Atomwaffen, Chemiewaffen, Biowaffen, Treibstoffbomben, Landminen, Urangeschosse, Clusterbomben und vieles andere mehr. Die USA haben bewiesen, dass sie diese Waffen einsetzen. Noch immer sterben Menschen in Japan an den Spätfolgen der Atomverstrahlung. In Vietnam werden verkrüppelte Kinder in Folge des Entlaubungsmittels Agent Orange geboren. In Afghanistan werden Zivilisten durch

Minen und Streubomben umgebracht und US-Veteranen aus dem ersten Golfkrieg 1991 sterben an den Spätfolgen der Uranverseuchung. Bis auf Giftgas hat der Irak keine dieser Waffen eingesetzt.

Und ein weiteres stimmt: Die irakischen Massenvernichtungswaffen stammten weitestgehend aus dem Westen, besonders aus den USA. 90% der biologischen Kampfstoffe wurden von US-Firmen geliefert. (9)

Der Irak verweigere die Waffenkontrollen, sagt man uns. Das ist falsch, der Irak hat den Kontrollen zugestimmt, obwohl er allen Grund dazu hätte, sie abzulehnen, denn die Waffeninspektoren haben oft Spionage für die USA getrieben, Ziele für die nächsten Luftangriffe definiert oder den Aufenthalt von Präsident Saddam Hussein zu ermitteln versucht, damit sie ihn gezielt töten können.

Auch das Ende der Waffeninspektionen 1998 haben die USA zu verantworten. Wie der frühere US-Offizier und spätere UN-Waffeninspekteur Scott Ritter mitteilt, hatten die USA von der UNSCOM (UN-Waffeninspektion) gefordert, nach einem genau ausgearbeiteten Zeitplan einen ernststen Konflikt mit dem Irak zu provozieren, der den USA einen Vorwand zu einem Bombardement geben sollte. Ritter weigerte sich, dies umzusetzen und erklärte seinen Rücktritt als Inspekteur. Butler setzte diese Forderung kurz darauf um. Er brach bewusst die mit dem Irak unter seinem Vorgänger Rolf Ecéus verein-



Unsere Mahnwache zum weltweiten Protesttag am 26.10.02

barten Kontrollrichtlinien und verlangte das Hauptquartier der Baath-Partei zu inspizieren, obwohl es keinerlei Hinweise für Verstöße gegen die UN-Resolutionen gab. Als der Irak dies mit Hinweis auf die Richtlinien zu Recht verbot, zog Butler die UNSCOM aus dem Irak zurück. Die USA und Großbritannien bombardierten danach in der Operation Desert Fox 4 Tage lang wie geplant ohne Auftrag des UN-Sicherheitsrates den Irak, was einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht darstellte. (6) UN-Generalsekretär Annan sprach daraufhin von „einem traurigen Tag für die UNO und für mich“. Ein ähnliches Vorgehen ist auch für die nun

anlaufende Inspektionsrunde zu befürchten, da die USA und Großbritannien unter dem Druck stehen, der Weltöffentlichkeit einen plausiblen Kriegsgrund liefern zu müssen.

Der aufmerksame Betrachter bemerkt, dass die USA selbst lange die Waffeninspektoren an ihrer Arbeit hinderten. Die USA stellten immer mehr Forderungen auf, die dazu führten, dass die Waffeninspektoren nicht in den Irak flogen und ihre Arbeit machen konnten. Die USA wollten erst eine strengere UN-Resolution, die ihnen bei angeblichen Verstößen ein Recht auf Kriegsbeginn ohne vorherige UN-Prüfung oder UN-Beschluss erlaubte. Ein Be-

richt, der erneut bestätigt, dass der Irak keine Bedrohung mehr ist, würde Großbritannien und den USA den Kriegsgrund nehmen. Die USA und GB wollen in Wirklichkeit gar keine Kontrollen, sondern einen Kriegsgrund. Und was sie selbst angeht, verweigern

die Vereinten Nationen endlich umgehend alle Sanktionen gegen den Irak aufheben, da die Gründe dafür spätestens seit 1994, mit der Bestätigung der Vernichtung aller Massenvernichtungswaffen und Herstellungskapazitäten durch die UNSCOM, vorliegen.



Scott Ritter

die USA, ebenso wie z.B. Israel, Großbritannien, Frankreich und Deutschland jegliche Waffenkontrollen, sowohl von Entwicklungsländern als auch von Fertigungsstätten und Waffenarsenalen. Hier liegt die wahre Bedrohung, und die USA zeigen aktuell, dass sie dieses Bedrohungspotential weiterhin rücksichtslos einsetzen.

Wir bejahen die Kontrollen im Irak. Sie sind notwendig! Ebenso unverzichtbar ist aber auch die Kontrolle aller Waffen aller Staaten unter der Verantwortung der UNO, die vollständige Vernichtung aller Massenvernichtungswaffen aller Staaten und die Zerstörung ihrer Fertigungsstätten weltweit, auch und gerade in den USA. Außerdem müssen

Die Achse des Bösen bedrohe Freiheit und Demokratie, sagt man uns. Seltsam, um nicht zu sagen primitiv, ist die Argumentation, mit der diese "Schurkenstaaten" definiert werden. Sie besitzen Waffen und eine Armee, sie unterstützen den Terrorismus und sie sind politische Gegner der USA. "Wer nicht für uns ist, der ist für die Terroristen", sagt G.W. Bush. Für ihn gibt es nur weiß und schwarz, gut und böse. Diese Unbestimmtheit und Primitivität ist beabsichtigt, denn so lassen sich alle diese Vorwürfe auf so gut wie jedes Land dieser Erde anwenden, wenn man es will. Selbst Deutschland würde in dieses Raster passen: Es hat eine Armee, hat die UCK-Terroristen unterstützt und finanziert und unterstützt die USA nicht genügend. Und seltsamerweise waren einige der heutigen "Schurken" und Terroristen vor wenigen Jahren noch befreundete und unterstützte Freiheitskämpfer: Osama Bin Laden, Saddam Hussein usw.

Noam Chomsky, Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Boston, schreibt dazu: "Wenn Saddam Hussein ins Lager der "Schurkenstaaten" befördert wurde, so weil er sich als aufmüpfig und allzu eigenmächtig erwiesen hatte. Dasselbe

Schicksal ereilte den panamaischen General Manuel Noriega, im Vergleich eher ein Kleinkrimineller, der seine schlimmsten Missetaten beging, als er noch in (bezahlten) Diensten Washingtons stand. Kuba wiederum wurde als Schurkenstaat klassifiziert, weil es angeblich Verbindungen zum internationalen Terrorismus unterhält - während der Ankläger USA über nahezu vierzig Jahre seine terroristischen Attacken gegen die Karibikinsel eskalierte und sogar Attentatsversuche gegen Fidel Castro unternahm. Auch im Fall des Sudan erklärten die USA ein Land zum "Schurkenstaat", das sie selbst im August 1998 bombardierten. Hinterher erwies sich dann die angebliche Produktionsstätte für chemische Waffen als genau das, was sie laut Aussage der Regierung in Khartum war: eine pharmazeutische Fabrik." (4)

Wie sehr das Böse für die USA eine Frage politischer Opportunität ist, stellt Chomsky so dar: "Seit dem Golfkrieg hat der Irak den Iran und Libyen in der Rolle des führenden Schurkenstaates abgelöst. Andere Staaten haben es nie zu diesem Titel gebracht. Der einschlägigste Fall ist womöglich Indonesien. Das Land mutierte 1965 mit der Machtübernahme von General Suharto vom Feind zum Freund. Unter seinem Befehl hatte ein ungeheures Gemetzel stattgefunden, das im Westen damals mit höchster Befriedigung registriert wurde. Seitdem war Suharto "our kind of guy" (etwa: "unser besonderer Kumpel") (so eine Formel der Clinton-Regierung), obgleich er mörderische At-

tacken und endlose Grausamkeiten gegen sein eigenes Volk verübte. Allein in den Achtzigerjahren wurden nach Auskunft von Suharto persönlich



Noam Chomsky

10.000 Indonesier umgebracht, und er merkt an, dass 'die Leichen als eine Art Schocktherapie auf der Straße liegen gelassen wurden' " (4)

Die neuere Geschichte des Irak - Kriege, Putsch, Präsidenten

Um zu verstehen, wie die heutige Situation im arabischen Raum entstanden ist und wer hierfür die Verantwortung trägt, sollte man ein wenig die Geschichte des Irak kennen.

1914 - 1917 erobern britische Truppen Mesopotamien, das bis dahin zum Osmanischen Reich gehört hat. Ihr Interesse gilt dabei hauptsächlich strategischen Zielen (Landweg nach Indien) und den Erdölvorräten der Region, den zweitgrößten der Erde. Die Gegenwehr der irakischen Araber wird durch systematische Bombenangriffe aus der Luft brutal niedergeschlagen.

1920 erhält Großbritannien vom Völkerbund das Mandat über Mesopotamien.

1921 Die Grenzen des „Mandatsgebietes“ werden willkürlich und ohne Rücksicht auf Stammesverbindungen und kulturelle Zusammengehörigkeit festgelegt, darunter ist auch die vom britischen Kolonialministerium errichtete Grenze zu Kuwait, das bis dahin ein Teil des Irak war. Dies soll den Irak vom persischen Golf samt den dortigen ergiebigen Ölquellen abschneiden. Der Irak wird konstitutionelle Monarchie.

1922 schließt der Irak mit England einen Bündnisvertrag, der den Briten den bestimmenden Einfluss auf 20 Jahre sichert.

1925 wird dem internationalen Ölkonzern „Irakische Ölgesellschaft“ (ein Tarnname eines ausländischen Konsor-

tiums) die Förderkonzession für das irakische Öl gegeben.

1932 wird der Irak als „souveräner“ Staat in den Völkerbund aufgenommen, der von den Briten im Irak installierte König Feisal bleibt jedoch im Amt.

1940 wird eine arabische nationalistische Regierung unter Rashid Ali Al-Gailani eingesetzt, die auf Konfrontation mit Großbritannien geht, was die Briten zur erneuten Besetzung des Iraks veranlasst.

Ende der 40er Jahre formulieren die USA durch George Kennan (Diplomat von 1931-1963) erstmals ihren Anspruch auf das Öl und die Macht in der Region als lebenswichtiges Interesse, das mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten sei.

1953 beseitigen die USA gewaltsam die Regierung Mohammed Mossadegh im Iran, der im nationalen Interesse die Verfügung über die iranischen Ölressourcen für sein Land beansprucht und setzen an seiner Stelle als ihre Marionette den Schah ein, der mit blutigen Geheimdienstmethoden die Macht für die US-Ölkonzerne aufrechterhält und unter anderem auch als Bollwerk gegen den Einfluss der Sowjetunion dient.

1955 wird zwischen dem Irak und der Türkei der Bagdadpakt abgeschlossen, der die Interessen der NATO-Mächte gegen den Einfluss der UdSSR in der Region vertritt. Großbritannien, Pakistan und der Iran treten diesem Pakt bei, Jordanien geht zusammen mit dem Irak zur Arabischen Föderation.

1958 wird im Irak der König von britischen Gnaden Feisal II von einem Volksaufstand unter Führung von Abd Al-Qassim gestürzt und die Republik ausgerufen.

1959, ein Jahr später, putscht Saddam Hussein, geboren 1937, gegen Al-Qassim, scheitert aber und muss fliehen. Der Irak kündigt den Bagdadpakt.

1963 organisiert die CIA einen erfolgreichen Militärputsch gegen Al-Qassim, in dem die Baath-Partei, deren Mitglied Hussein ist, kurzfristig die Macht ergreift. Staatschef wird Abdul Salam Aref, nach dessen Tod Abdul Rahman Aref.

1968 hat Saddam Hussein bereits eine führende Rolle bei einem weiteren Putsch, der Oberst Ahmed Hassan Al-Bakr an die Macht bringt. Hussein wird Vizepräsident, schafft ein mächtiges Geheimdienstnetz und schaltet alle Regimegegner aus.

1972-1975 Annäherung des Iraks an die Sowjetunion. General Al-Bakr verstaatlicht das iraktische Öl. Sofort beginnen die USA unter ihrem Präsidenten Nixon, zusammen mit dem Iran die Kurden im Norden des Iraks gegen Al-Bakr zu bewaffnen, die einen Bürgerkrieg beginnen. Erst nachdem der Irak die Zusammenarbeit mit dem amerika-

hörigen Iran sucht und einer Kontrolle des Seeweges Schatt el Arab durch den Iran zustimmt, wird die Unterstützung der Kurden wieder gestoppt, dafür aber der Iran von Nixon massiv aufgerüstet, einerseits gegen die Sowjetunion, andererseits gegen den Irak.

1979 putscht sich General Saddam Hussein an die Macht, wird Staatschef des Irak und schaltet jede Opposition gewaltsam aus.

1979 wird im Iran der Schah gestürzt, der Einfluss der USA geht verloren und der der Sowjetunion wächst. Daraufhin wird Hussein, inzwischen Alleindiktator, diplomatisch, militärisch und mit Waffenlieferungen unterstützt, um gegen den Iran vorzugehen.

1980 Der Irak greift mit Unterstützung der USA den Iran an. Die zu dieser Zeit aufgestellte "Carter-Doktrin" besagt, dass die USA für den Zugriff auf das Öl der Region militärisch eingreifen werden. Vorerst übernimmt das für die USA der Irak, der im Iran einmarschiert, was zu einem verheerenden 8-jährigen Krieg führt, in dem die USA durch militärische Aufrüstung, diplomatische Unterstützung und nachrichtendienstliche Hilfe den Irak gegen den Iran unterstützen. Die USA decken jedes Gräuelf des Irak bis hin zu Giftgasangriffen auf die iranischen Verteidiger. Die USA selbst bombardieren iranische Öl-Plattformen im Golf. Weder die USA noch andere Staaten beantragen UN-Sanktionen gegen den Irak.

1988 erst endet unter Reagan die Unterstützung des Irak durch die USA, der sich wieder dem Iran zuwendet. Die

hochgradig kriminellen Aktivitäten der USA während der Iran-Contra-Affäre kosten Reagan fast das Präsidentenamt. Diese Situation führt direkt zu den Verwicklungen und Krisen der heutigen Zeit. Der Krieg gegen den Iran hat die irakische Wirtschaft ruiniert und Hussein sieht jetzt nur noch den Ausweg, sich den Zugriff auf Kuwait zu sichern, um damit weitere Ölquellen zu bekommen und den zusammengebrochenen Ölpreis zu stabilisieren. Damit kommt er wieder den USA in die Quere, die ihre Verfügung über das kuwaitische Erdöl bedroht sehen.

1990 Die USA geben Hussein grünes Licht für eine Besetzung von Kuwait. Das US-Außenministerium teilt am 24. Juli dem Irak mit: "Wir haben keine Verteidigungsabkommen mit Kuwait und es gibt keine besonderen Verteidigungs- oder Schutz-Zusagen an Kuwait." (7) Am 25. Juli teilt die US-Botschafterin im Irak, April Glaspie, Hussein mit: "Wir beziehen keine Stellung zu den inner-arabischen Konflikten, wie etwa Ihre Grenz-Streitigkeiten mit Kuwait." (8) Am 2. August führt dies zur irakischen Besetzung von Kuwait. Der UN-Sicherheitsrat fordert den Rückzug, verhängt ein Wirtschaftsembargo und auf Drängen der USA wird eine Frist bis zum 15. Januar 1991 gesetzt, nach der Gewalt angewendet werden soll.

1991 Die Falle schnappt zu. Am 17. Januar beginnen die USA und ihre Verbündeten den Golfkrieg, um das wirtschaftlich, industriell und militärisch stärkste Land der Region, den Irak, wieder unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Nach dem Zerfall des sozialistischen Machtblocks wird der mächtige Hussein offenbar nicht mehr für anti-iranische und -sowjetische Zwecke gebraucht, sondern soll durch eine leichter lenkbare Marionette ersetzt werden.

1991 Am 26. Januar beginnt der Irak den Rückzug aus Kuwait und nimmt am Tag darauf die UN-Resolutionen an. Das Waffenkontroll- und Vernichtungsprogramm der UNO wird eingerichtet und nimmt seine Arbeit im Irak auf. Das Wirtschaftsembargo wird aufrechterhalten, die Wirtschaft des Iraks dadurch weiter zerstört und die Zivilbevölkerung ins Elend getrieben, um eine Stabilisierung des Iraks zu verhindern. Die militärische Bedrohung, ununterbrochene weitere Bombardierungen und ein totaler Wirtschaftsboykott folgen. Lebensmittellieferungen in das von Importen abhängige Land werden verhindert, was tausendfachen Hungertod zur Folge hat.

1994 erklärt die UN-Waffenkontrollkommission, dass die Vernichtung sämtlicher irakischer Waffenlager und Fertigungsstätten für A-, B- und C-Waffen abgeschlossen ist. Der Irak erkennt formell die Unabhängigkeit von Kuwait an. Trotzdem wird das Embargo nicht aufgehoben, um den Irak weiter niederzuhalten. Der Export seines Erdöls wird weiter untersagt, um im Interesse der Ölkonzerne die Ölpreise hochzuhalten. Inbesondere bleiben Medikamenten- und Nahrungsmittelimporte weiterhin blockiert. Das hat bis heute über 1 Million Todesopfer zur Folge, davon ca. 500.000 Kinder.

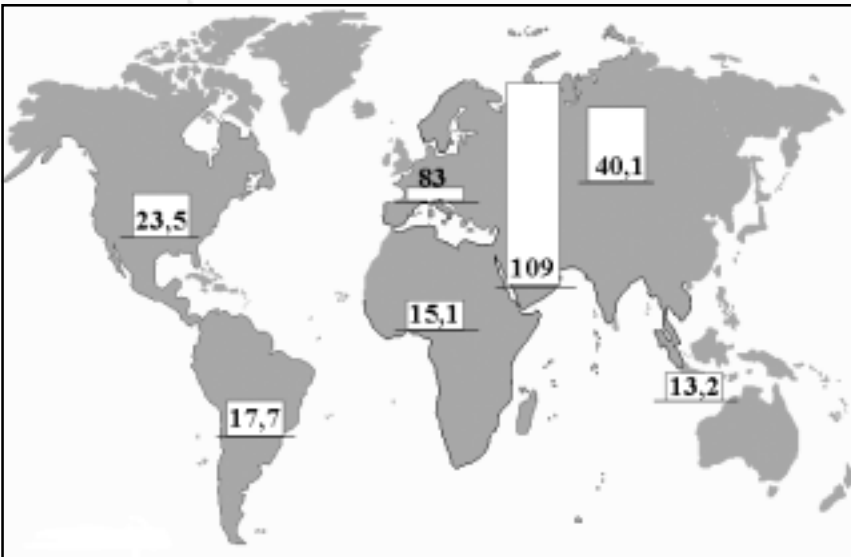
1996 beginnt eine Reihe militärischer Angriffe des Irans, der Türkei und der NATO auf den Nordirak, die die Abspaltung des Nordiraks zementieren. Luftangriffe der NATO gegen den Irak wegen angeblicher Verletzung der "Flugverbotszone", die die NATO völkerrechtswidrig und einseitig ohne

Mandat der UNO erklärt hat, dauern seitdem an.

2002 endlich glauben die USA, dass der Irak reif für die feindliche Übernahme sei, der Eroberungskrieg wird konsequent vorbereitet und könnte bald beginnen.

Die Beute -

Was es im Irak zu holen gibt



Konventionelles Erdöl;

Verbleibendes Potential: 227 Mrd. t (Reserven+Ressourcen)

Quelle: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe

Worum geht es den USA und Großbritannien tatsächlich? Sie wollen Zugriff auf die Region mit ihren reichen Erdölvorräten. Die Türkei, Saudi-Arabien,

Kuwait, Pakistan, Afghanistan oder ihren getreuen Vasallen Israel beherrschen die USA bereits. Im Gegensatz zu diesen Ländern beherrschen die USA den

Irak noch nicht, seine Ölindustrie ist staatlich und nicht unter der Verfügungsgewalt der US-Ölkonzerne. Daher ist er ein "Schurkenstaat" und muss erobert werden. Die Liste der "Schurkenstaaten" ist viel länger: Bush zählt weitere 60 Staaten zu den "Schurkenstaaten", d.h. zu denen, die ihm nicht völlig untertan sind. Der Irak ist jedoch derzeit eines der schwächsten Glieder in dieser Kette, und die USA haben seinen Staatschef erfolgreich zum absoluten "Bösewicht" hochstilisiert. Die Kriegsplanungen und -vorbereitungen laufen deshalb auf Hochtouren. Die wirklichen Kriegsziele lassen sich kurz und bündig ausdrücken: Es geht den USA und GB um Erdöl, aber nicht allein um das des Iraks. In ein paar Zahlen zusammengefasst: Der Irak besitzt

aktuell gesicherte Vorkommen von 112 Mrd. Barrel (1 Barrel = 159 l), die gesamte Region über 800 Mrd. Barrel. Der daraus erzielbare Gewinn (Verkaufspreis minus Förderkosten = ca. 20 US \$ pro Barrel) beträgt ca. 16.000 Milliarden (!) US \$ und er wird bei knapper werdenden Vorräten sicher weiter steigen. Dieses Geld wollen die US-britischen Ölkonzerne. Falls sie erreichen, 1. durch militärische Gewalt und Bedrohung ihren Anteil an diesem Gewinn zu Lasten der arabischen Länder weiter zu steigern und 2. durch Erlangung des Welthandelsmonopols die Weltmarktpreise zu erhöhen, wird ihr Profit langfristig immens steigen. Shell, Amoco, Exxon, Mobil, Gulf, BP, Arco und andere freuen sich schon drauf.



**Rückt das Öl raus
ihr Schurken !!!**

Die Rüstung der USA - Plan oder Wahnsinn?

Rüstungsausgaben der USA im Vergleich zu anderen Ländern im Jahr 2001 (* im Jahr 2000)					
USA	309,0	Spanien	6,9	Ägypten	2,1
Russland*	60,0	Australien	6,6	Vietnam	1,8
China*	42,0	Niederlande	5,6	Irak	1,4
Japan	40,4	Türkei	5,1	Nordkorea	1,3
Großbritannien	34,0	Singapur	4,3	Portugal	1,3
Saudi-Arabien	27,2	Schweden	4,2	Libyen	1,2
Frankreich	25,3	Ver. Arab. Emir.*	3,9	Tschechien	1,1
Deutschland	21,0	Polen	3,7	Philippinen	1,1
Brasilien*	17,9	Griechenland	3,3	Luxemburg	0,9
Indien	15,6	Argentinien*	3,1	Ungarn	0,8
Italien	15,5	Norwegen	2,8	Syrien	0,8
Südkorea	11,8	Pakistan	2,6	Kuba	0,7
Iran	9,1	Kuwait	2,6	Sudan	0,6
Israel	9,0	Dänemark	2,4	Jugoslawien	0,5
Taiwan	8,2	Belgien	2,2		
Kanada	7,7	Kolumbien	2,1		
(in Mrd. US - \$)					
Geplante Steigerung der US-Rüstungsausgaben (in Mrd. US - \$)					
2002	350,8	2004	405,0	2006	447,5
2003	396,1	2005	526,2	2007	469,6

Aus GREENPEACE MAGAZIN 3/02 (5)

Die Rüstungsausgaben der USA sind mit 309 Mrd. US \$ höher als die der 10 nächstgroßen Militärmächte inkl. Russland, China, Japan, Frankreich, England und Deutschland zusammen, und sie wollen sie auf 470 Mrd. US \$ im Jahre 2007 erhöhen. Können diese Kriegsvorbereitungen noch finanziert werden?

Hans F. Sennholz, Volkswirtschafts-

professor am Grove City College, schreibt: "Trotz ihrer massiven internationalen Verschuldung spielen die Vereinigten Staaten die globale Rolle des Kriegers gegen den Terrorismus und des Friedenswächters. Bewaffnete Kräfte der USA sind in mehr als 100 Ländern stationiert und seit dem 11. September baut man neue Basen in Afghanistan, Pakistan und früheren Sowjetrepubli-

ken. In den kommenden Monaten könnten sie einen neuen Krieg gegen den Irak ohne viel internationale Unterstützung führen.

Obwohl die USA zweifellos die militärische Macht besitzt, in jedes Land einzugreifen und auf ihrem globalen Imperium bestehen, kann ihre prekäre finanzielle und volkswirtschaftliche Basis unter der Last der internationalen Schulden zerbröseln. Selbst wenn wir

die geopolitische Überdehnung und den wachsenden Argwohn der Islamisten gegen alles amerikanische ignorieren, die Pyramide amerikanischer Schulden ruft um Vorsicht und Reparatur. Es gäbe kaum eine größere Ironie und Tragödie, wenn die amerikanischen Truppen Bagdad einnehmen und der amerikanische Dollar fällt wegen des Verlusts internationaler Unterstützung. Mancher Sieg war schon selbstmörderisch.” (2)

Ein Historischer Vergleich - Woran dachte Däubler-Gmelin?

Klar, die USA wollen die Weltmacht, und zwar für sich allein, und alle anderen haben zu kuschen. Dies wollen die USA überall auf der Welt - auch mit Krieg und Gewalt - durchsetzen. Aber die dafür nötige gigantische Verschuldung ist absolut ruinös. Wie wollen die USA das finanzieren?

Um diese Frage zu beantworten, werfen wir einen kurzen Blick in die Geschichte, denn es gibt für den Umgang mit diesem Problem ein Beispiel. Deutschland, im Kampf um die Welt-herrschaft im Ersten Weltkrieg unterlegen, rüstete seit der Machtübertragung an die Nazis ebenfalls beispiellos auf und avancierte bis 1939 zur größten kontinentalen Militärmacht Europas. Auch diese enorme Rüstung wurde auf Pump finanziert. “Die Hauptfinanzierung der Rüstung lief nicht über

Staatsaufträge und Staatsanleihen wie im Ersten Weltkrieg, sondern konnte nur verschleiert durchgeführt werden, da das Reichsbankgesetz die Diskontierung langfristiger Investitionswechsel der Regierung über 400 Mill.RM Gesamtsumme untersagte. So bediente man sich eines von Schacht (Reichsbankpräsident, Wirtschaftsminister und Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft) ausgedachten besonderen “Tricks”, indem man den Mefo-Wechsel erfand (Mefo = Metallurgische Forschungsgesellschaft m.b.H.). Alle Rüstungsaufträge wurden von der Mefo vergeben und mit kurzfristigen Wechseln (Laufzeit sechs Monate, die auf unbestimmte Zeit verlängert werden konnte) bezahlt. Abgelaufene Wechsel wurden mit neuen Wechseln beglichen. So schaffte man die Voraussetzung,

langfristige in kurzfristige Wechsel zu verwandeln und damit entstand die Verpflichtung der Reichsbank, diese Wechsel in Zahlung zu nehmen. Von 1934 bis 1939 wurden Mefo-Wechsel in Höhe von 12 Mrd. RM ausgegeben. Die Mefo-Wechsel wurden vom Reich nie eingewechselt, sondern die Reichsbank erwarb sie als Treuhänder für das Reich und behielt sie als Belege für die Ausstellung von sogenannten Mefo-Wechsel-Bescheinigungen.” (3) Es handelte sich also um eine Luftnummer, die 1939 zu platzen drohte und damit eine enor-

me Inflation ausgelöst und die deutsche Wirtschaft ruiniert hätte. Ein solches Vorgehen hätte bei jedem Unternehmen zum Zusammenbruch mit nachfolgendem Verfahren wegen betrügerischen Konkurses geführt. Nicht so in diesem Fall: Die Finanzierung dieser Hochrüstung, die von vornherein die eigenen Mittel weit überstieg, sollte und konnte nur durch Raub und Ausplünderung anderer Länder gedeckt werden. Nazi-Deutschland musste jetzt den geplanten Krieg beginnen oder es würde wirtschaftlich zusammenbrechen.

Pleite oder Krieg - Der ökonomische Zwang zum Krieg

In einer vergleichbaren Lage sind die USA. Sie sind zwar nach dem Zerfall der Sowjetunion militärisch die absolut überlegene Weltmacht, aber im Konkurrenzkampf gegen die anderen wirtschaftlichen Zentren Europa und den Fernen Osten mit China, Japan und anderen drohen sie mittelfristig in eine Unterlegenheit zu geraten. Das wollen sie nicht hinnehmen, sie wollen ihre weltbeherrschende Stellung um jeden Preis, auch der weltweiter militärischer Gewalt, aufrechterhalten. Aber ihre eigene Wirtschaftskraft reicht dafür nicht mehr aus, und auch die Ausbeutung der Dritten Welt durch die Schuldenfalle - hier fließen jährlich viele Milliarden Dollar in die USA - hilft nicht mehr

vollständig. Ihre Rüstung ist einfach nicht mehr seriös finanzierbar. Bekannt ist, dass die jährlichen Steuereinnahmen schon seit Jahrzehnten nicht mehr zur Finanzierung für diese ungeheuren Ausgaben ausreichen. Die Staatsschulden der USA betragen zur Zeit knapp 6.000 Milliarden US \$, sie sollen bis 2007 auf ca. 8.000 Milliarden US \$ steigen. Davon sind 2.700 Mrd. US \$ Auslandsschulden, ca 2.000 Mrd. US \$ liegen in japanischen Händen. Bei einem Zinssatz von 5,7% (derzeit bei US-Staatsanleihen) ergibt sich daraus eine Zinslast von jährlich etwa 336 Mrd. US \$, dies liegt sogar noch über der jährlichen Neuverschuldung. Die Schuldzinsen können nicht mehr

aus den laufenden realen Einnahmen bezahlt werden. Die alten Schulden werden mit neuen, mit größeren Schulden bezahlt. Inzwischen ist der Schuldenberg um ein vielfaches größer als die jährlichen Steuereinnahmen. Eine tatsächliche Rückzahlung rückt in unerreichbare Ferne.

Sennholz schreibt dazu: "Das aktuelle politische Gerangel um die Schuldenobergrenze wirft seinen Schatten auf die internationalen Kreditmärkte. Während der späten 90er, als Präsident Clinton von Haushaltsüberschüssen und Schuldentrückzahlung faselte, hob der US-Dollar gegenüber allen anderen Währungen ab, und der amerikanische Anlagemarkt wurde bald ein "sicherer Hafen" für internationale Gelder (...). Dieser "sichere Hafen" ist zur Zeit ein sehr gefährlicher Hafen, welcher die weltgrößte Schuldenlast trägt. Zum Ende 2001 hatten die Vereinigten Staaten eine externe Nettoschuld - zusammengesetzt aus direkten ausländischen Investitionen und der Anlage in Finanzpapiere - von etwa 2,7 Billionen Dollar. Die Amerikaner importieren so viel mehr als sie exportieren, erdulden ein Handelsbilanzdefizit von 400 Milliarden Dollar pro Jahr, 4 Prozent des BSP (Bruttosozialprodukt, d. Verf.). Bei den gegenwärtigen Defizit-Raten werden die externen Schulden der USA bald die Staatsschulden übertreffen; dies ist am allergefährlichsten, weil es einen dunklen Schatten auf den US-Dollar wirft.

Der aktuelle Streit um die Staatsschuld-Obergrenze könnte ausländische Investoren darauf aufmerk-

sam machen, dass der sichere Hafen schwer hypothekenbelastet ist und immer weiter in die Schulden gerät. Wenn einige besorgte ausländische Investoren ihre Dollar-Investitionen aus irgend einem Grund plötzlich glattstellen, könnten die amerikanischen Kapitalmärkte unter ernstem Liquidationsdruck kommen. Wenn einige arabische Ölscheichs ihr Gewicht zum Druck hinzulegen, könnten sie eine Massenflucht beschleunigen. Der US-Dollar würde abstürzen, die Zinssätze explodieren und der Immobilienmarkt würde platzen. Es könnte die finanzielle und volkswirtschaftliche Struktur der Welt erschüttern." (2)



Hans F. Sennholz

Die USA müssen handeln und einen Ausweg aus ihrem Dilemma finden. Entweder senken die USA ihre Staats- und Rüstungsausgaben radikal oder sie lassen sich ihre Rüstung von anderen Ländern finanzieren. Diese Finanzierung geschieht, indem andere Länder durch US-Konzerne, besonders durch

die Ölkonzerne, ausgeplündert werden. Damit gewinnt man - durchaus beabsichtigt - auch ein Instrument zur Ausbeutung der konkurrierenden wirtschaftlichen Zentren Europa und Fernost: Wer über das Öl verfügt, kann auch den Preis dieses unverzichtbaren Rohstoffs und Energieträgers bestimmen und darüber die anderen nationalen Ökonomien anzapfen. Für diese Strategie muss die ökonomische Machtaus-

übung jedoch militärisch abgesichert werden: durch Militärstützpunkte weltweit, durch Einsetzung höriger Regime in anderen Ländern, durch militärische Erpressung und im Zweifelsfall auch durch direkte Eroberung. Der Weg, die Mittel und das Ziel sind eins: Rüstung, Krieg, Raub und Ausbeutung. Wer denkt hier nicht an Herta Däubler-Gmelins Äußerungen kurz vor der Wahl!

Die UN-Charta - Und die "Schurkenstaaten"

Nach einer Eroberung des Iraks bzw. der Installierung eines US-hörigen Regimes werden die Ölquellen an die US-britischen Ölkonzerne zur Ausbeutung übergeben. Aber das ist nur ein Schritt zur Machtabsicherung, weitere werden folgen. Bushs "Achse des Bösen" geht durch viele weitere "Schurkenstaaten": Nordkorea, Kuba, Iran, Libyen, Sudan und Syrien hat Bush namentlich benannt, die Liste ist erweiterbar. Was wollen die USA weiter? Und steht ihr Vorgehen mit der UN-Charta in Einklang?

Noam Chomsky schreibt dazu: "Das Konzept des 'Schurkenstaates' (rogue state) hat für die politische Analyse und die perspektivische Planung eine herausragende Rolle gespielt. Die Irak-Krise ist in dieser Hinsicht nur das be-

kannteste Beispiel. Washington und London haben den Irak zum 'rogue state' erklärt, der für seine Nachbarn und die ganze Welt eine Bedrohung darstelle. Dieser "geächtete Staat", an dessen Spitze ein Wiedergänger Hitlers stehe, müsse entsprechend von den Hütern der neuen Weltordnung - den Vereinigten Staaten und deren Juniorpartner Großbritannien - in Schach gehalten werden. Der interessanteste Punkt an der ganzen Debatte über die Irak-Krise ist zweifellos die Tatsache, dass sie niemals stattgefunden hat. Über diese Krise wurde zwar viel geredet, auch gab es Kontroversen darüber, was zu unternehmen sei. Aber die Diskussion bewegte sich in engen Grenzen, und die eigentlich selbstverständliche Antwort war von vornherein ausgeschlossen: dass

nämlich die Vereinigten Staaten und Großbritannien in Übereinstimmung mit dem Gesetz und den internationalen Verträgen, die sie unterzeichnet haben, zu handeln haben.

Den entsprechenden gesetzlichen Rahmen formuliert die Charta der Vereinten Nationen, ein "feierlicher Vertrag", der nicht nur als Grundlage des internationalen Rechts und der Weltordnung allgemein anerkannt ist, sondern auch von der Verfassung der USA als 'das höchste Gesetz des Landes' gewürdigt wird. In der UN-Charta heißt es: 'Der Sicherheitsrat stellt fest, ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt; er gibt Empfehlungen ab oder beschließt, welche Maßnahmen aufgrund der Artikel 41 und 42 zu treffen sind, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen.' Wobei Artikel 41 die präferierten Maßnahmen 'unter Ausschluß von Waffengewalt' aufzählt, während Artikel 42 dem Sicherheitsrat das Recht einräumt, weiter gehende Schritte zu unternehmen, wenn er die besagten Maßnahmen für unzulänglich hält.

Die einzige Ausnahme wird in Artikel 51 formuliert, der jedem Staat das 'naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung' gegen einen 'bewaffneten Angriff' zugesteht, und zwar 'bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat.' Von diesen Ausnahmen abgesehen, sol-

len die UN-Mitgliedstaaten 'in ihren internationalen Beziehungen (...) jede Androhung oder Anwendung von Gewalt' unterlassen.

Es gibt legitime Methoden, auf die vielfältige Bedrohung des Weltfriedens zu reagieren. Wenn sich die Nachbarn des Irak bedroht fühlten, so könnten sie vom UN-Sicherheitsrat fordern, geeignete Maßnahmen zur Abwehr der Bedrohung zu autorisieren. Dasselbe können die USA und Großbritannien tun, wenn sie sich bedroht fühlen. Aber kein Staat ist autorisiert, in einer solchen Angelegenheit allein zu entscheiden oder zu handeln. Auch die USA und Großbritannien bilden da keine Ausnahme - zumal sie selbst nicht mit weißer Weste dastehen.

'Schurkenstaaten' wie der Irak des Saddam Hussein, aber auch die USA akzeptieren diese Bedingungen nicht. Bei einem der ersten irakisch-amerikanischen Konflikte wurde die Position der Vereinigten Staaten von der heutigen Außenministerin und damaligen UN-Botschafterin Madeleine Albright unverblümt zum Ausdruck gebracht. Sie erklärte gegenüber dem UN-Sicherheitsrat, die USA würden "multilateral reagieren, wenn wir können, und unilateral, wenn wir müssen". Die Begründung lautete: 'Wir erachten die gesamte Region des Nahen Ostens als lebenswichtig für die nationalen Interessen der USA', deshalb könne Washington keine äußeren Beschränkungen hinnehmen.' " (4)

Ein wenig Geopolitik -

Der Sperrriegel

Aufschlussreich ist auch ein Blick auf die Landkarte Asiens. Die drei "Schurkenstaaten" Syrien, Irak und Iran liegen wie ein Sperrriegel zwischen dem USA-hörigen Norden (die Türkei und die früheren südlichen Sowjetrepubliken), im Süden dem US-Verbündeten Israel und der arabischen Halbinsel und im Osten Afghanistan (erobert) und Pakistan (US-abhängig). Die drei Länder liegen der USA/NATO wie ein Stein im Magen. Langfristig können sie nicht dulden, bei ihrem Versuch einer Einkrei-

sung von Russland, Indien und China im eigenen Rücken ein solches unbeherrschbares Gefährdungspotential bestehen zu lassen. Jedes Land, das ein eigenständiger Machtfaktor sein will, seine eigene Politik macht und seine eigenen Verbündeten sucht, also seine legitimen nationalen Interessen verfolgt, ist für die USA ein "Schurkenstaat", der unterworfen werden muss. Dass man dabei gleichzeitig die Krallen auf das Öl legen kann, ist nur das Sahnehäubchen auf der Torte.



Auch aus diesem Blickwinkel fällt wieder die Heuchelei der USA und das Messen mit zweierlei Maß auf. Obwohl Pakistan ein Hort des Islamismus ist, Terroristengruppen unterstützt, einen Guerillakrieg (Kaschmirkonflikt) gegen Indien führt und über Massenvernichtungswaffen, insbesondere Raketen mit Atomsprenköpfen verfügt, ist er kein "Schurkenstaat". Klar, er fügt sich im Moment gut in die Politik der USA ein. Aber was für ein Heulen und Zähne-

klappern, was für Bedrohungsszenarien und Schreckensmeldungen werden wir wohl zu hören bekommen, sollte Pakistan eines Tages nicht mehr den USA hinterherdackeln. Die Kurzsichtigkeit der USA wird immer wieder dann sichtbar, wenn ein neuer Terrorstaat in Szene gesetzt wird und wir feststellen müssen, dass es sich um ein Ziehkind der USA handelt. Afghanistan, Irak und Iran lassen grüßen.

Die Stellung der Europäer - Kuschen oder Widerstand?

Unsere Bundesregierung hat sich im Wahlkampf gegen eine Teilnahme am Krieg gegen den Irak ausgesprochen. Nach dem Gesagten ist klar, warum: Es entspricht nicht den Interessen der BRD und einiger europäischer Regierungen und Konzerne, die USA zur alles beherrschenden Weltmacht werden zu lassen, sie können dabei nur verlieren. Nur die Briten sehen das anders: Offenbar setzen sie sich seit einiger Zeit - in der Nachfolge Deutschlands - an die Seite der USA als ihr Juniorpartner, in deren Windschatten sie einen Teil der Beute für ihre Ölkonzerne erhoffen.

Es liegt im Interesse der Völker - auch des unseren -, die Kriegspläne der USA scheitern zu lassen. Wenn Europa nicht will, dass seine Volkswirtschaften in Zukunft über ihren Bedarf an Öl unter die Herrschaft der USA geraten und über

den Ölpreis zugunsten der USA angezapft werden, müssen sie die Pläne der USA verhindern. Sonst drohen sie langfristig als Blutspender für eine verschuldete Weltmacht in die Rolle des untergeordneten Helfershelfers der Weltausbeutung zu versinken.

Aber die Bundesrepublik hat Probleme, sich gegen die USA durchzusetzen. Auch bei uns ist die militärische Situation klar: Die USA halten unser Land seit dem Zweiten Weltkrieg faktisch besetzt und das nicht ohne Grund: Sie sind wegen ihrer Nachschubwege darauf angewiesen, Deutschland als Umschlagplatz für Waffen, Truppen und Militärmaterial aller Art nutzen zu können. Auch zur Finanzierung des geplanten zweiten Golfkrieges werden sie uns heranziehen wollen. Außerdem wird erwartet, dass die BRD die USA auf an-

deren Kriegsschauplätzen entlastet, z.B. durch Erweiterung des Engagements der KSK in Afghanistan. Auch eine direkte Unterstützung durch Logistik und Aufklärung (AWACS-Flugzeuge) werden wir leisten sollen. Bundeskanzler

Schröder stünde vor ernsthaften Problemen, wenn er die Unterstützung für die USA, z.B. die Überflugrechte, wirklich konsequent und allumfassend verweigern wollte.

Unser Ziel: Stoppt den Krieg, bevor er beginnt

Hier hat Deutschland, hier hat die Friedensbewegung, hier haben wir alle Handlungsbedarf und -möglichkeiten. Helfen wir unserer Regierung, bauen wir öffentlichen Druck auf. Verlangen wir, dass alle deutschen Soldaten und Panzer aus Arabien sofort abgezogen werden, dass unser Land keine Zustimmung in der UNO für Militäreinsätze

die Nutzungsrechte der Militärbasen und die Überflugrechte der BRD für Transporte von Kriegsmaterial und Waffen in den Nahen Osten entzogen werden. Unsere Verfassung verbietet Angriffskriege, ihre Vorbereitung und ihre Unterstützung. Dies gilt auch für Ausländer, also auch für US-Amerikaner, sofern sie sich auf deutschem Staatsgebiet befinden. Wir sind in der Verantwortung, auch unseren Teil dazu beizutragen, diese Rechtsposition durchzusetzen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die USA in unserem Land unsere Gesetze brchen. Also müssen wir unsere Bundesregierung bei ihrem "Nein" gegen den Irak-Krieg unterstützen und Druck auf die Kriegstreiber USA und GB ausüben.



und Krieg geben wird, dass keine Finanzmittel zu Kriegsführung für die USA bereitgestellt werden. Besonders wichtig ist die Forderung, dass den USA

Wir fordern daher zusammen mit allen verantwortungsbewussten Menschen - auch unseren Friedensfreunden in den USA, die wir aus Lüdenscheid herzlich grüßen-: Hände weg vom Irak, kein Blut für Öl, keine Unterstützung welcher Art auch immer für die Kriegstreiber

ber, sofortige Aufhebung des Wirtschaftsembargos gegen den Irak. Nur durch eine gleichberechtigte Behandlung der unterentwickelt gehaltenen Länder sowie den Verzicht auf Gewaltandrohung und Krieg kann das internationale Völkerrecht gewahrt werden. Nur so kann der islamistische Terror und

das Kriegstreiben der USA beendet werden. Die Kraft unserer Volkswirtschaften muss den Menschen, dem Frieden und dem Aufbau dienen, nicht der Rüstungsindustrie, dem Krieg und der Zerstörung. Wir brauchen eine globale Sozialpolitik und keinen globalen Raubkapitalismus.

Ein tausendfaches NEIN zum Irak-Krieg!

*“Verhindert den Krieg, bevor er
beginnt !”*

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Sofortiger Rückzug aller deutschen Truppen aus der Krisenregion, insbesondere die ABC-Spürpanzer aus Kuwait und die Marineverbände aus der Golfregion und vor Afrika
- Rückzug der KSK-Soldaten aus Afghanistan, damit keine US-Spezialeinheiten für andere Kriegsgebiete frei gestellt werden können
- Verbot der Nutzung der auf BRD-Territorium befindlichen militärischen Infrastruktur einschließlich der US-Basen wie Spangdahlem, Ramstein, Frankfurt Airport und Heidelberg für Zwecke eines Angriffskrieges, bis hin zur fristlosen Kündigung entsprechender Verträge
- Verweigerung des Überflugrechtes für Kriegseinsätze und Versorgungsflüge des US-Militärs
- Strafverfolgung von US-Kriegsteilnehmern, insbesondere der höheren Ränge
- Keine Auslieferung, sondern Asylgewährung für zu erwartende US-Deserteure



„DIE NEUE WELTORDNUNG:

Der böse Saddam missachtet UN-Resolutionen. Zur Hölle mit ihm!
Der heldenhafte Sharon missachtet UN-Resolutionen. Wie mutig!
Der weise Bush entscheidet, wer missachten darf und wer
geschlagen werden muss.
Heil dem Häuptling!“

Anzeige von Gush Shalom in der Ha'aretz vom 27. September 2002.



*Unser wöchentliche Mahnwache am 06.04.02 vor dem
Lüdenscheider Rathaus*



Quellennachweis

- (1) William Rivers Pitt, „Krieg gegen den Irak - Was die Bush-Regierung verschweigt“, Kiepenheuer und Witsch, 2002
- (2) Hans F. Sennholz, “Deep in Debt, Deep in Danger”, übersetzt von Kai Hackemesser. Hans F. Sennholz, emeritierter Volkswirtschaftsprofessor am Grove City College, arbeitet heute für das Ludwig von Mises Institute, 518 West Magnolia Avenue, Auburn, Alabama 36832-4528
- (3) www.lsg.musin.de/Geschichte/natsoz/wirtschaftspolitik.htm
- (4) Noam Chomsky, Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT), Boston
“WASHINGTON STELLT SICH ÜBER INTERNATIONALES RECHT”
in Le Monde diplomatique Nr. 6216 vom 11.8.2000, Seiten 12-13
- (5) Aus: GREENPEACE MAGAZIN 3/2002
- (6) Siehe Scott Ritter, ”Im Treibsand”, Film im WDR, gesendet am 21.10.2002 ab 22.30 Uhr. Infos auf www.diestory.wdr.de
- (7) Mitteilung des U.S. State Department vom 24 Juli 1990 “We have no opinion on the Arab-Arab conflicts, like your border disagreement with Kuwait”
- (8) New York Times, am 23.09.1990 “We do not have any defense treaties with Kuwait and there are no special defense commitments to Kuwait.”
- (9) Brian Willson, “U.S. Aggression Against Iraq: Historical and Political Context”, 1999 www.brianwilson.com/awolaggression.html

ES IST AN DER ZEIT

(deutscher Text: Hannes Wader)

Weit in der Champagne im Mittsommergrün,
da wo zwischen Grabkreuzen Mohnblumen blühen,
da flüstern die Gräser und wiegen sich leicht
im Wind der sanft über das Gräberfeld streicht.

Auf deinem Kreuz finde ich, toter Soldat,
deinen Namen nicht, nur Ziffern, und jemand hat
die Zahl neunzehnhundertundsechzehn gemalt,
und du warst nicht einmal neunzehn Jahre alt.

REFRAIN:

Ja auch dich haben sie schon genauso belogen,
so wie sie es mit uns heute immer noch tun.

Und du hast ihnen alles gegeben:
deine Kraft, deine Jugend, dein Leben.

Hast du, toter Soldat, mal ein Mädchen geliebt?
Sicher nicht, denn nur dort, wo es Frieden gibt,
können Zärtlichkeit und Vertrauen gedeihn.
Warst Soldat, um zu sterben, nicht, um jung zu sein.
Vielleicht dachtest du dir, ich falle schon bald,
nehme mir mein Vergnügen wie es kommt mit Gewalt.
Dazu warst du entschlossen, hast dich aber dann
vor dir selber geschämt und es doch nie getan.

REFRAIN

Soldat, gingst du gläubig und gern in des Tod?
Oder hast du verzweifelt, verbittert, verroht,
Deinen wirklichen Feind nicht erkannt bis zum Schluß?

Ich hoffe, es traf dich ein sauberer Schuß?
Oder hat ein Geschoß dir die Glieder zerfetzt,
hast du nach deiner Mutter geschrien bis zuletzt,
bist du auf deinen Beinstümpfen weitergerannt,
und dein Grab, birgt es mehr als ein Bein, eine Hand?

REFRAIN

Es blieb nur das Kreuz als die einzige Spur
von deinem Leben. Doch hör meinen Schwur
für den Frieden zu kämpfen und wachsam zu sein.
Fällt die Menschheit noch einmal auf Lügen herein,
dann kann es geschehn, daß bald niemand mehr lebt,
niemand, der die Milliarden von Toten begräbt.
Doch es finden sich mehr und mehr Menschen bereit,
diesen Krieg zu verhindern, es ist an der Zeit.

REFRAIN

Friedensgruppe Lüdenscheid

Am Ramsberg 44 58509 Lüdenscheid

Überlassen wir die Frage von Krieg und Frieden nicht den Regierungen. Mischen auch Sie sich ein, gehen Sie auf die Straße, gehen Sie zu unserer wöchentlichen Mahnwache (am 7.12.2002 die **61.** seit dem 11.Sept.2001), beteiligen Sie sich an den Veranstaltungen der Friedensbewegung und werden Sie mit uns aktiv. Denn wie alle Regierungen muss auch unsere die Sprache des außerparlamentarischen Drucks verstehen. Und unser Ziel ist alle Mühe Wert:

Nur eine Welt ohne Krieg ist eine lebenswerte Welt!

Weitere Informationen unter:

www.friedensgruppe-luedenscheid.de

Damit wir uns auch weiterhin mit guten Aktionen stark für den Frieden machen können, bitten wir um Unterstützung.

Spendenkonto: SEB Lüdenscheid BLZ 430 101 11

Kto. Nr. 203 263 4801 (Ini'68)